

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	04.06.2012
Unterausschuss Stellenplan	04.06.2012

Sachstandsbericht zur Durchführung der Beschäftigtenbefragung "Gesundheit der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter", Krankenausfallstatistik

Die Verwaltung informiert den AVR nachfolgend über das weitere Vorgehen zur Umsetzung des AVR-Beschlusses vom 10.11.2011, Teilbeschluss 2.

Hiernach wurde die Verwaltung gebeten, bis 31.03.2012 ein externes Fachunternehmen mit einer organisationsbezogenen anonymen Mitarbeiterbefragung zu beauftragen, um konkrete Problem-schwerpunkte zu erkennen und auf dieser Basis zielgerichtet Verbesserungen schaffen zu können. Die Ergebnisse sind dem Ausschuss von dem Unternehmen vorzustellen und sollen in das Maßnahmenprogramm einfließen.

In diesem Zusammenhang weist die Verwaltung auf die Sachstandsmitteilung im AVR vom 06.02.2012 hin, die die einzelnen Umsetzungsschritte einschließlich des zeitlichen Rahmens enthält und zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Bisher ist folgender Sachstand erreicht:

- Die Verwaltung, die Personalvertretung, die Gesamtschwerbehindertenvertretung, die Gleichstellungsbeauftragte und der Datenschutzbeauftragte haben sich auf folgende Bestandteile des Fragenkatalogs verständigt:
 - 1 Einsatz des Work-Ability-Index (WAI) in der Kurzfassung zum Erhalt von Informationen zur Arbeitsfähigkeit
 - 2 Fragebogen zur Analyse von Stressoren und Ressourcen am Arbeitsplatz (z. B. Impulstest oder Salutogenetische Subjektive Arbeitsanalyse, sog. SALSA)
 - 3 Ergänzende Fragen zu gesundheitsbelastenden Arbeitsbedingungen
 - 4 Abfrage gesundheitsfördernder Maßnahmen (u. a. Personalentwicklungsmaßnahmen)
 - 5 Informationen zu städtischen Belangen und Strukturen, um dienststellenspezifische Besonderheiten zu erkennen unter Berücksichtigung geschlechterspezifischer Bedürfnisse und Ansprüche.
 - 6 Zusatzbefragung für ca. 1 200 Beschäftigte der Berufsfeuerwehr, u. a. zum Erhalt von Informationen der besonderen Anforderungen im Wach- und Einsatzdienst

Die abschließende Formulierung der Fragen und die Entwicklung von Antwortkategorien in methodisch, angemessene, sachgerechte Fragestellungen wird in Zusammenarbeit mit einem externen Unternehmen umgesetzt.

Der Gesamtfragebogen enthält die o. g. Grundfragen an alle 17.000 Beschäftigte der Stadtverwal-

tung und Zusatzfragen an ca. 1.200 Beschäftigte der Berufsfeuerwehr.

- Nach erfolgreichem Abschluss des Bedarfsprüfungsverfahrens Ende März 2012 hat die Verwaltung das Leistungsverzeichnis für die Ausschreibung erstellt. Die Kostenkalkulation liegt insgesamt bei 51.000 € netto und umfasst die gesamtstädtische Befragung einschließlich der Zusatzbefragung der Feuerwehr.
- Am 14.05.2012 hat die Verwaltung das Vergabeverfahren in Form einer öffentlichen Ausschreibung eingeleitet. Die Bekanntmachung im Internet wird somit Ende Mai, Anfang Juni veröffentlicht. Nach Ablauf der Ausschreibungsfrist und Bewertung der Bewerbungsunterlagen können voraussichtlich im Juli die Anfangsarbeiten zur Entwicklung des gesamtstädtischen Fragebogens aufgenommen werden. Im Anschluss leitet die Verwaltung das formale Beteiligungsverfahren bei der Personalvertretung, Gesamtschwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragten ein. Zieltermin für die Durchführung der Befragung ist weiterhin Herbst 2012.
- Die Befragungsphase umfasst mindestens 3 Wochen. Um eine hohe Beteiligung zu erzielen, werden die Beschäftigten zudem zweimalig über das Intranet erinnert.
- Ein Ergebnisbericht des externen Unternehmens sowie Handlungsempfehlungen für das Maßnahmenprogramm sollen bis spätestens 31.12.2012 vorliegen.

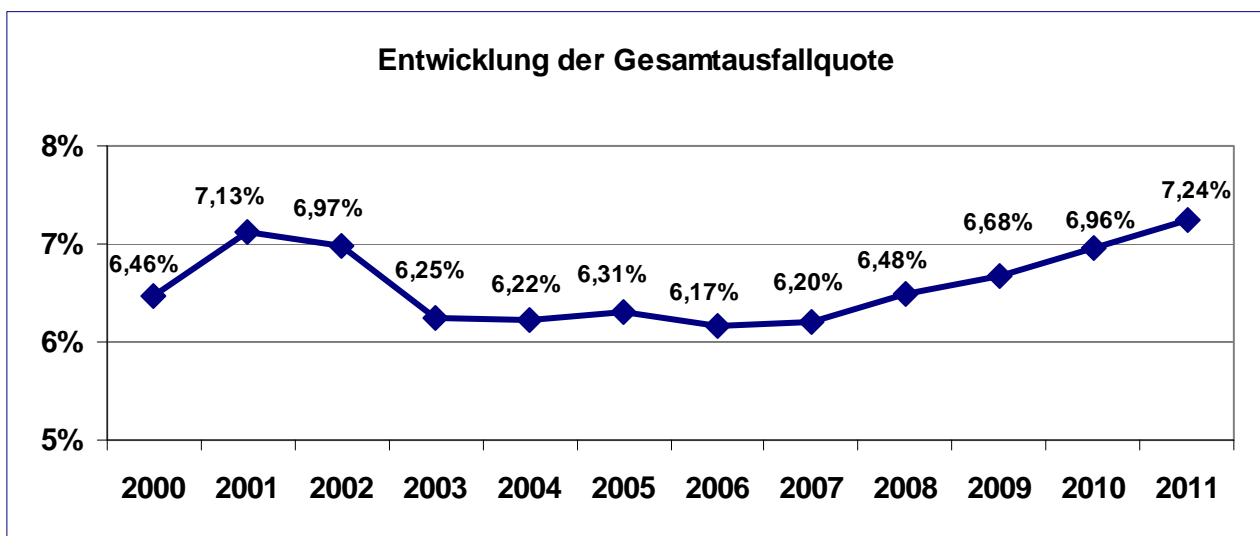
Außerdem hat der AVR in seinem Beschluss am 10.11.2012 unter Ziffer 5 festgehalten:

„Der Ausschuss teilt die Auffassung der Verwaltung, dass ein Zusammenhang zwischen dem aktuellen Krankenstand und möglichen Arbeitsüberlastungen infolge zunehmender Arbeitsverdichtung und Einsparmaßnahmen im Personalbereich wahrscheinlich ist. Aus Sicht des AVR kann deshalb ein weiterer Stellenabbau nur einhergehen mit einem gleichzeitigen Aufgabenabbau oder Standardreduzierungen.“

Ab 01.07.2012 werden das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) sowie Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), der betriebsärztliche Dienst und die Arbeitssicherheit aufgrund der eng verknüpften Themenstellung organisatorisch zusammen geführt. Der Neuaufbau zielt darauf ab, die erforderlichen Aufgaben nach dem ASiG sowie § 84 II SGB IX zu erfüllen und die Aufgabenstellung qualitativ sowie quantitativ zu verbessern. Die Investitionen von rd. 1,5 Mio. € in die Neuausrichtung dienen dem gesamtstädtischen Ziel, den derzeitigen Krankenstand nicht noch weiter zu erhöhen und kommen allen Dezernaten und Ämtern zu Gute.

Wenn auch nicht in vollem Umfang ist eine Refinanzierung u. a. dadurch gegeben, dass durch die Reaktivierung des bislang nicht produktiv tätigen Personals auch notwendige externe Einstellungen vermieden werden können. Langfristig gesehen rentieren sich daher Investitionen in das Betriebliche Gesundheitsmanagement und Betriebliche Eingliederungsmanagement.

Darüber hinaus erhält der AVR Informationen zur Entwicklung der krankheitsbedingten Abwesenheiten der Jahre 2000 bis 2011 und die aktuelle Quote für die Monate Januar bis April 2012.



Die städtische Gesamtausfallquote liegt 2011 bei 7,24 % und ist damit zum fünften Mal in Folge an-

gestiegen. Die aktuelle Krankenstandsquote für die Monate Januar bis April 2012 beträgt 7,99 % und ist zum Vergleichszeitraum 2011 mit 7,94 % konstant geblieben.

Die von den Krankenkassen regelmäßig veröffentlichten, niedrigeren Krankenquoten sind nicht vergleichbar, da deren Berechnungen auf unterschiedlichen Grundlagen basieren.

Beispielsweise beruhen deren Daten lediglich auf den Rückmeldungen der Ärzte, so dass Kurzzeiterkrankungen ohne ärztliches Attest unberücksichtigt bleiben.

Auch der vom Deutschen Städtetag ermittelte Bundestrend zeigt in den Jahren seit 2007 einen Anstieg der Krankenquote. Für das Jahr 2010 liegt die Ausfallquote bei 5,90 %. Im Übrigen zeigt die aktuelle Auswertung des Deutschen Städtetags aus 2010, dass der Krankenstand mit der Größe der Verwaltung steigt. Für Gemeinden der Größenklasse 1 (über 500.000 Einwohner/innen) liegt er bei 6,25 %.

Der Deutsche Städtetag hat die aktuellen Vergleichsdaten in der Vergangenheit jeweils im Sommer des Folgejahres veröffentlicht. Sollte sich hier für das Jahr 2011 ein abweichender Trend zeigen, wird eine entsprechende Information erfolgen.

Gez. Kahlen